

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publizistisch-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 15 Pf.

Berantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Poersch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Unterlage, die 3 geplante Seite 30 Pf.
Zeile 15 Pf.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Grundziffer.

Jg. 19.

S. Jahr.

An die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Wie wir bereits bekannt gegeben haben, haben wir uns geprägt, den geplanten Gasarbeiter-Kongress auf unbestimmte Zeit zu verschieben, da bisher nicht im Einvernehmen die Gelder eingelaufen sind, welche zur Befreitung der Unfosten dienen sollten werden.

Bisher haben folgende Hilfslagen, welche an dem Kongress interessant sind, noch gar keine Gelder für denselben an den Verbands-Vorstand abgeführt: Berlin I (Müllerstr.), Berlin Ia (Gutsmeierstr.), Berlin VI (Vateren-Anzünden), Berlin IX (Neuer-Jahnsfelde). Berlin X (Nordwesten), Berlin, Clemens, Hamburg, Karlstraße, Leipzig, Ludwigsburg a. N., Magdeburg III, Mainzheim I, Mainzheim II, Nürnberg, Niedorf, Schmargendorf und Stuttgart.

Als ungenügend und müssen die eingesandten Gelder von Magdeburg I, Berlin Ia, Stuttgart und Mainz betrachtet werden.

Wir können nur nochmals hier erklären, daß wir nicht über einen bestimmten Termin die Tagung des Kongresses schließen werden, bevor nicht anhandend die notwendig in Geldern zusammen sind.

Wir werden lerner dafür Sorge tragen, daß Hilfslagen, welche gar keine oder nur ungenügende Gelder einenden, der Zunft zum Kongress verweigert wird. Die bedauernliche Tatsache, daß der Kongress aus Mangel an den vorbereitenden Mitteln verzögert worden war, ist unserer Meinung nach bei den meisten Hilfslagen auf Nachlässigkeit in der ganzen Sache zurückzuführen. Wenn die Hilfslagen 100-150 Pf. bisore für den Kongress gesammelt haben, so müssen die anderen Hilfslagen auch ähnliche Ressourcen besitzen können.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß nun endlich die gesammelten Hilfslagen ihre Pflicht erfüllen werden.

Die Kongresshelder sind an **F. Poersch,**
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25, abzuhören.

Der Verbands-Vorstand.
J. A.: Br. Poersch.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission wird soeben die Statistik für das vorjährige Jahr 1900 bekannt gegeben, wonach das verflossene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht bloß einen neuen Zufluss von über 100 000 Mitgliedern gebracht, sondern auch ihre jährliche Entwicklungsgeschichte ganz wesentlich verändert hat. Einen von Paul Umbrecht verfassten Auszug aus der wichtigsten Arbeit legt uns nun mit dem folgenden: Während im Jahre 1899 in 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 590 473 Mitglieder organisiert waren, berichtet die neuere Statistik für 1900 von 680 497 Mitgliedern in 58 Organisationen und seit dem Jahre 1893, das mit 223 530 Gewerkschaftsmitgliedern den tiefsten Stand aufwies, das sich die Mitgliederzahl sogar verdreifacht.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1891, dem Zeitpunkt der ersten regelmäßigen Statistik. Sie zeigt z.B. zum Jahre 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und von da ab einen steigenen Fortschritt der Mitgliederzahl im Berichtsjahr betrug die Zunahme 99 954 oder 17,21 %pt. Die Zahl der Organisationen ist um 3 gelegen.

Jahr	General- Organisation	Mit- glieder- zahl (¹)	Davon:		Zu- neigung der Gewerkschaft nach Angabe
			Mit- glieder- zahl Mit- glieder glieder etwa	An- zahl vereinen etwa	
1891	62	277 658	—	10 000	287 658
1892	66	237 094	4 356	7 640	244 794
1893	51	223 530	5 384	6 280	229 810
1894	54	246 494	5 261	5 550	252 044
1895	53	229 175	6 697	10 781	260 956
1896	51	320 230	15 265	5 958	335 088
1897	56	412 559	14 644	6 863	419 162
1898	57	493 742	13 181	17 600	511 242
1899	56	580 473	19 280	15 946	596 419
1900	58	680 427	22 844	9 980	690 287

Die Zahl der Mitglieder lokaler Gewerkschaften, so weit sie sich zur wöchentlichen Arbeiterbewegung zählen, weist seit dem Vorjahr zu einem Rückgang von 15 946 auf 9880 auf, in der paupratische Verbreitung durch den Anschluß der lokalen Handelsbildungsbundesvereine an den Zentralverband dieses Berufes.

Außer diesen Organisationen gibt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters.

Die deutschen (D.-T.) Gewerkschaften zählen im Berichtsjahr 91 681 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899);

die Zunftberufe berätseln nur 56 821.

Die christlichen Gewerkschaften umfassen noch einer von der Centralversammlung der Gewerkschaften ausgewählten Statistik im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 35 Organisationen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahr).

Bei dieser als abnormale Annahme um 47 610 in abz. zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei

im vorigen Jahr als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Siegerländer G. B. Christliche Bergarbeiter und Berlin oberhessischer Arbeiter) mit 10 200

und 15 004 Mitgliedern.

Reduziert man daher die tatsächliche Zunahme mit 22-25 000 Mitgliedern, so ist dies angehoben der diesen Organisationen zu Gebote

nothwendige Agitationssmittel und der großen Zahl kirchlich

berührter Arbeiter durchaus kein gänzliches Ergebnis.

Endlich kommen als letzte Gruppe noch einige unabhängige Organisationen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftlich Aufgaben haben.

Die Generalkommission ermittelte 21 derelten mit 58 717 Mitgliedern. Dies gesamt in Gewerkschaften Deutschlands umfassen

also die folgenden Gruppen:

Organisationen	Mitgliederzahl 1899	Mitgliederzahl 1900	Prozent- zuwachs nach der Mitgliederzahlen	
			1899	1900
Gewerkschaft. Zentralverb.	590 473	680 427	67,15	68 33
Soziale Vereine	15 946	9 860	1 86	1 01
D.-T. Gewerkschaften	86 777	91 681	10 04	9,20
Christl. Gewerkschaften	112 160	159 770	12 97	16 05
Unabhängige Vereine	68 994	59 718	7 98	5,39
	861 360	995 435	100 0	100 0

Die Mitgliedschaften der unabhängigen Vereine sind als Minimalziffern zu betrachten, da über einige Berufe dieser Gruppe die entsprechenden Ziffern pro 1900 nicht zu erlangen waren. Da schon die Mitgliederzahl dieser Gruppe fast leicht um 4000 bis 5000 erhöht wurde, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter aus dem modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahres ein leidlicher Erfolg. Zwar deuten mehrfache Anzeichen darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erwarten ist, sondern ein Stillstand vielmehr vorzusehen sein wird; lediglich ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahresende 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederstand unter dem Jahresdurchschnitte aufwiesen. Doch ist diese Erstcheinung nicht mehr so bedeutsam wie anfangs der vor Jahr, da seitdem fast sämtliche Organisationen so weit erweitert und durch innere Entwicklung bestätigt sind, daß eine Mitgliederzunahme, wie damals, nicht mehr zu befürchten ist.

Bon den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von

100 000 Mitgliedern überschritten, er steht 100 762 Mit-

glieder. Ihm folgen die Verbands der Maurer mit 82 964.

Handarbeiter 73 972, Bergarbeiter 36 420, Textilarbeiter

36 338, Fabrik- und gewerkschaftliche Hilfsarbeiter 30 847

Buchdrucker 29 838, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288

Fabrikarbeiter 18 500, Bananenarbeiter 17 901, Handels-,

Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 16 639

Holzarbeiter 11 414, Brauer 11 410, Maler 10 806, Buch-

drucker 10 447, Steinmetzer 10 000, Pergilarbeiter 9280

Horner 9153, Glasarbeiter 7101, Töpfer 6881, Web-

geweben und Steinbrüder 5811, Malzkindest. und Leizer 6600, Bäcker 5582, Schmiede 5500, Federarbeiter 4799

Bäder 4585, Bildhauer 4543, Töpferarbeiter 4437, Steinfeuer 4195, Gemeindebetriebsarbeiter 4030, Sattler 3927, Weinhauer 3543, Kupferschmiede 3432, Handschuhmacher 3426

Facharbeiter 3169, Seelenarbeiter 2898, Glaser 2772, Hutmacher 2629, Stoffarbeiter 2260, Schiffsämmmerer 2009, Müller 1596, Gasmitschädelbinder 1470, Buchdruckereibüroarbeiter

884, Bergarbeiter 1352, Steuereure und Schuleure 1189

Zigarettenfabrik 1034, Rauchwarenzurichter (Fürth) 900, Kondukteure 786, Handlungsbüroarbeiter 760, Barbier 404, Töpferarbeiter 436, Büroangestellte 404, Formierer 384, Bäckerei 368, Fleischer 254 und Blattseure 179.

Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur vier Organisationen auf, nämlich die Barbier (um 412), Federarbeiter (570), Stoffarbeiter (500) und Töpferarbeiter (3284).

Bei den Barbieren trugen Verschärfungen in der Zentralverwaltung, bei den Federarbeitern unglückliche Streiks, bei den Stoffarbeitern Abspülungen zu Sonderzulagen in die Schulden, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverband speziell auf das Kontor der wirtschaftlichen Krise zu sagen ist.

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 Pf. (Handlungsbüroarbeiter und Lagerarbeiter) und 22,50 Pf. (Buchdrucker) der Organisationen. Der höheren kommen nur die Schuhmacher (20,31 Pf.), Buchdrucker/Büroarbeiterinnen (12,15 Prozent), Metallarbeiter (11,37 Pf.) und Töpferarbeiter (5,57 Pf.) nade. Auf dieser Seite der Gewerkschaften bewegeung mag sich noch vieles deinen, wenn die Betriebsabstimmungen der Arbeiterinnen nicht die Errungenchaften der Organisationen geschadet soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewegt, der wird auch die geringen bissher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen.

Im höheren Maße wie die Mitgliederzahl steigt in im Berichtsjahr die Gesamtmitnahme der Gewerkschaften verbunden, während jene um 17,23 Pf. zunahm, vermeinte sich diese um 22,98 Pf. bei dem Vorjahr. Noch starker freilich stiegen die Gesamttausgaben, nämlich um 25,37 Pf., welche Zunahme aber nicht allein vorwiegend auf die Streikunterstützung trifft, sondern fügt sich auf alle Verbandsaufgaben verteilt. Im Berichtsjahr vereinabnahmen die Zentralorganisationen 9 454 075 Pf. (gegen 7 67 154 Pf. im Jahre 1899). Die Einnahmen haben sich um fast 2 Millionen Mark erhöht. Die Ausgaben betragen im Berichtsjahr 8 088 021 Pf. (gegen 6 450 876 Pf.), eine Zunahme um beinahe 12,5 Millionen.

Um beiden Steigerungsziffern wird man die ergänzende Steuerkraft und Verungstätigkeit der Gewerkschaften erkennen.

Wie sich die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Jahren seit dem Jahre 1891 gestalten, zeigt die nachstehende Tabelle. Zu bemerken ist dazu, daß in den ersten 10 angegebenen Jahren die Angaben sehr unvollständig waren, und daß auch in den letzten Jahren vielleicht noch Einnahmen für lokale Zwecke gemacht sind, die in der Gesamtmitnahme nicht verzeichnet wurden.

Es vereinabnahmen:

1891	49	Organisationen	1 116 588 Pf.
1892	46		2 031 922
1893	44		2 249 366
1894	41		2 655 564
1895	47		3 036 908
1896	49		3 616 444
1897	51		4 088 696
1898	57		5 508 667
1899	55		7 687 154
1900	68		9 454 075

Summa 35 737 094 Pf.

Am Jahre 1900 betragen die einzelnen Aufgabeposten:

Verbandsorgane in 66 Organisationen 713 338 Pf.

Agitation 56 250 859

Streiks im Beruf 46 2 563 398

Strafe in anderen Be-

rufen 43 62 244

Plakatierung 48 68 486

Gemeindegegenstehenunter-

stützung 32 97 092

Reichsunterhaltung 40 461 025

Arbeitsbeschaffungsunter- 19 501 078

Krankenunterhaltung 18 658 026

Jugendarbeitsunterhaltung 2 113 530

Sonstige Unterstützung 36 206 450

Stellenvermittlung 9 4 335

Sonstige Zwecke 53 390 793

Konferenzen und Ge-

neralversammlungen 89 115 037

Beitrag an die Generalkommission . . . in 51 Organisationen 60 924 M.
Postgekosten 19 4 737
Geldstücke 55 192 646
Verwaltungsmaterial 58 215 650

Die gesammelten Kostenbestände belieben sich auf 7 745 901 87 M. (gegen 5 577 346 M. im Vorjahr), wo von leicht nahezu die Hälfte, nämlich 3 792 497 67 M., auf den Verband der deutschen Buchdrucker entfallen.

Es hatten an Kostenbestand pro Kopf der Mitglieder: Buchdrucker 131 51 M., Druckmacher 51 61, Zigarettenfertiger 29 65, Handelsbuchmacher 28 56, Aufzettelschmiede 28 56, Porzellananarbeiter 15 54, Zimmerer 14 29, Buchbinderei 12 82, Gravure 12 44, Bildbauer 12 43, Goldarbeiter 11 10, Lithographen 11 05, Seelernte 10 63, Buchdruckereibarbeiter 10 34, Maurer 10 23, Formstecker 10 16, Maler 8 73, Bauarbeiter 8 30, Ronditoden 8 08, Federarbeiter 7 81, Glaser 7 45, Steinleger 6 98, Gussarbeiter 6 91, Werkstattleiter 6 76, Daddeler 6 37, Schneider 5 83, Metallarbeiter 5 67, Brau r 5 46, Haushaltarbeiter 5 28, Müller 4 88, Handl. 4 8, Transport- und Verkehrsarbeiter 4 63, Böttcher 4 49, Handlungsbüchsen 4 44, Steinleger 4 28, Sattler 4 17, Fabrikarbeiter 3 82, Glasarbeiter 3 78, Schuhzimmerei 3 70, Schmiede 3 48, Töpfer 3 19, Schuhmacher 3 15, Stoffwaren 3 04, Sattler 2 93, Gemeindebediensteter 2 75, Tabakarbeiter 2 03, Moislinger 1 96, Tapetierer 1 79, Holzarbeiter 1 76, Bergarbeiter 1 75, Bardekte 1 67, Textilarbeiter 1 60, Bäcker 1 58, Fleischer 1 29, Lagerhalter 1, — und Haushaltarbeiter 0 11 M.

Dass diese bedeutenden Unterschiede in nicht geringem Maße von der Höhe der Einnahme jeder einzelnen Organisation, also in letzter Linie von dem Berufsumfang zwischen Beitrag und Leistungen kein Flugt werden, lebt die nachstehende Abteilung der Jahresberichte pro Kopf der Mitglieder. Dreifach berücksichtigt für die Buchdrucker 55 91 M., Glaser 27 97, Bildbauer 25 03, Zigarettenfertiger 21 70, Aufzettelschmiede 18 24, Druckmacher 17 76, Handelsbuchmacher 19 55, Aufzettelschmiede 19 39, Formstecker 18 23, Lithographen 18 14, Maler 16 03, Maurer 15 23, Buchbinderei 15 17, Porzellananarbeiter 14 58, Gravur 14 54, Ronditoden 13 84, Federarbeiter 13 56, Steinleger 13 56, Schuhzimmerei 13 54, Töpfer 13 49, Bauarbeiter 13 31, Steinleger 13 06, Sattler 12 99, Seelernte 12 84, Zimmerer 12 40, Handlungsbüchsen 12 11, Metallarbeiter 11 84, Schmiede 11 63, Bergarbeiter 11 33, Glasarbeiter 10 88, Brauer 10 88, Bäcker 10 81, Tabakarbeiter 10 74, Lagerhalter 10 60, Müller 10 21, Schuhmacher 9 89, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9 66, Schmiede 8 69, Textilarbeiter 8 33, Böttcher 8 35, Fabrikarbeiter 7 76, Werkstattleiter 7 44, Haushaltarbeiter 7 01, Stoffwaren 6 99, Gemeindebediensteter 6 74, Buchdruckereibarbeiter 6 64, Tapetierer 6 51, Dachdecker 6 16, Fleischer 6 07, Maler 5 88, Bergarbeiter 5 29 und Büroangestellte 3 96.

Die Einnahmen der Gewerkschaften weisen also noch immer weit größere Unterschiede auf als sie in der Höhe der Einkommen der Arbeiter bestehen. Es liegt also weniger an der Unmöglichkeit, höhere Beiträge aufzutragen, wenn einzelne Organisationen um das Jahr bis hinzu bestreben, sondern daran, dass der Wille, für die Organisation, die den Arbeiter Alles sein sollte, mehr zu leisten, bei den Arbeitern der verschiedenen Berufe nicht gleich stark entwickelt ist. Diese Gegendifferenz soll aber dazu beitragen, den Willen zu höherer Leistung anzuregen. Dreifach muss anerkannt werden, dass auch in dieser Hinsicht schon vieles bei Anfang der jüngsten Erhebungen sich gezeigt hat. Man kann heute als Minimum eines Gewerkschaftsbetrages, bei der eine Organisation keine erwerbliche Leistung entwickeln kann, 20 Pf. pro Woche, so wurde dieses Minimum 1891 in 29 Organisationen (von 36 an der Statistik berücksichtigt) nicht erreicht; im Jahre 1900 standen nur noch 16 unter diesem Minimum. Und wurde anfangs der 90er J. Jahre als solches Minimum ein Beitrag von 15 Pf. pro Woche erachtet, so hat sich die Zahl der unter diesem Sarge zu hielbaren in Verbänden von 14 auf 6 vermehrt.

Auch im vorliegenden Jahre haben 18 Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge erhöht. Es sind dies die Barbicide, Bergarbeiter, Brauer, Formier, Glaser, Haushaltarbeiter, Handelsbuchmacher, Holzardauer, Maschinenarbeiter, Tapetierer, Textilarbeiter und Bergarbeiter. Bei den Fabrikarbeitern ist durch Einführung der Monatsbeiträge an Stelle der Wochenbeiträge ein Reduzierung des Beitrags um 1 Pf. pro Woche eingetreten.

Jetzt auch die Zahl der prinzipiellen Gegner höher Beiträge in den Gewerkschaften ist gering geworden, so macht sich doch noch dies und da ein starker Widerstand gegen Beitragserhöhungen in einzigen Organisationen bemerkbar, der von der Bekämpfung dieser Mitgliedsbeiträge infolge Rückgangs der Werbe Kraft der Gewerkschaft getragen ist.

Wie die Beiträge, so die Leistungen, und wie die gewerkschaftlichen Leistungen, so die wirtschaftliche Sicherheit der Mitglieder — das sollte niemals vergessen werden.

In den zehn Jahren, 1891 bis 1900, verfügt haben die Gewerkschaften für Unterstützungszweck folg. Summen: Redaktion 276 975 M., Gewerkschaftsunterstützung 3 165 473 M., Arbeitslosenunterstützung 2 668 641 M., Krankenunterstützung 8 659 268 M., Ausländerunterstützung 482 618 M., Markt, Notfalls- und Sicherheitsunterstützung 684 975 M., zusammen 11 688 763 M. Nicht eingeschlossen sind dabei die von Zweigvereinen aus lokalen Blättern gewährten Unterstützungen. Für die Verbundsgesellschaften wurden in den zehn Jahren ausgegeben 3 909 915 M. für Streitunterstützung 9 237 687 M. Die für Unterstützungen und für die Bildung der Mitglieder (Verbundsgesellschaften) verfügbaren Summen überschreiten also die Ausgaben für Streitunterstützung in obigem Zeitraum um 6 300 941 M.

Die Ausgabe an fachlichen und persönlichen Verwaltungskosten war auch im vergangenen Jahre eine verhältnismäßig geringe. Ein n. Vergleich über die Höhe der den Gewerkschaftsbeamten bezahlten Gehälter gegenüber früheren Jahren bietet die diesjährige Statistik nicht; sie kann dies deshalb nicht, weil diese Gehälter in der Regel nur in mehrjährigen Perioden auf den einen Berabstagszeitigen erbaut werden und Erhebungen aus früheren Jahren, als 1899, nicht vorliegen. Solche Vergleiche können zweckmäßig nur in mehrjährigen Zeiten erfolgen.

Hinsichtlich der Unterstützungsleistungen in den eingemeindeten Organisationen ist zu bemerken, dass wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten sind. Die damaligen Organisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, das sich ja von 20 auf 21 erhöht.

Die Gesamtauslastung der Verbundsgesellschaften ist von 688 860 in 1899 auf 762 930 in 1900 gestiegen. Die Zahl derselben betrug 51; 1 Organisation hatte kein volles (Haushaltarbeiter); 4 Organisationen lieferten über Mitglieder das Organ eines zwanzigten Büros verbandes und 1 Organisation (Maschinenarbeiter) benutzt eine zweitürige Zeitchrift als Publikationsorgan. Von diesen Organisationen erscheinen 1 dreimal wöchentlich 20 wöchentlich 14 vierzehntägig, 2 dreimal im Monat, 3 einmal im Monat, 3 einmal monatlich und 1 alle drei Monate.

Von den 58 Verbänden haben 31 internationale Bindungen mit gleichartigen Organisationen des Auslands angeknüpft.

Zum Schlusse wird auf die Thatjache verwiesen, dass auch das Unternehmenskonto die Macht der deutschen Gewerkschaften erkannt habe, wie die wachsende Zahl der von Korporation zu Korporation vereinbarten Arbeitsverträge und Tarifgemeinschaften erwählt.

Verbandsstheil.

Verbandsvorsteher: *P. Siebig, Berlin S.*
Urbanstrasse 34. Geschäftsführer Sekretär des Verbandes: *Bruno Poersch, Berlin W. 30,*
Winterfeldstrasse 25. Portal III. Sprech. von 10 - 12 Uhr
Montags Sonn. und Feiertags. Bei dem Geschäftshaus geschlossen. Verbandsstafizier: *P. Poersch, Berlin S. 58, Grossmarkt 48.* Geschäftsführer der Frankenthaler 48. Geschäftsführer der Frankenthaler 48. Sprech. 10 - 12 Uhr
G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstrasse 25. Alle Korrespondenzen, Anträge u. s. d. den Verband betreffend, sind nur an den Verbandssekretär, alle Bedürfnisse, mit Ausnahme derjenigen, welche für die Gewerkschaft und die Staatskasse zuständig bestimmt sind, nur an den Verbandsstafizier zu richten. Alle Korrespondenzen u. d. Bedürfnisse für die Staatskasse gehen an *G. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstrasse 25.*

Bedürfnisse für die „Gewerkschaft“ geben an
Br. Poersch.
Vorsteher des Ausschusses: *P. Schulz, Berlin S. 80, Lautherstraße 21.*

Veranstaltungen.

Im Frechtung!

Berichte x., welche in der nächsten Nummer Auftauchen sollen, müssen mindestens eine Woche vor dem Eröffnen der Versammlung, bei der eine Organisation neue erwerbliche Leistungen entwickeln kann, 20 Pf. pro Woche, so wurde dieses Minimum 1891 in 29 Organisationen (von 36 an der Statistik berücksichtigt) nicht erreicht; im Jahre 1900 standen nur noch 16 unter diesem Minimum. Und wurde anfangs der 90er J. Jahre als solches Minimum ein Beitrag von 15 Pf. pro Woche erachtet, so hat sich die Zahl der unter diesem Sarge zu hielbaren in Verbänden von 14 auf 6 vermehrt.

Berlin Ia, Gasanlagen-Danzigerstrasse. Die Mitgliederversammlung, welche am 10. September stattfand, bevor zur Tagesschau übergegangen wurde, das Amtenten des darübergehenden Verbandskollegiums durch Erheben von den Blättern. Raddam führt der Kollege Weißer den Mitgliedern vor: Augen, wie ich die Arbeit besonders in den Berliner Filialen von Tag zu Tag anhöre, so dass es doch wohl angbracht ist, ihnen zu danken für die Berliner Filialen anzustellen. Hierzu wurde von der Versammlung der Beschluss gefasst, dass die Mitglieder vom 1. Oktober ab 20 Pf. Gratzenten pro Woche zu zahlen haben, wofür die Filiale den Mitgliedern im Kasino ausschließlich zu Verfügung steht. Eine entsprechende Anzahlung von 5 Pf. pro Tag ist unter Berücksichtigung noch mehrere Interne Angelegenheiten erledigt worden, schloss der Vorstand die Versammlung.

In Nr. 18 der „Gewerkschaft“ vom 8. September sind es d. h. die Mitglieder zahlen für September pro Woche 10 Pf. Gratzenten.

Berlin. Die Vaterenwärter dielen am Montag im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, die sich zunächst mit der Frage beschäftigte: „Wie stellen sich die Vaterenwärter zur Abledung der vom Arbeiterausschuss gestellten Anträge bezüglich der Sozialabteilungstage am 1. und 16. eines jeden Monats?“ Hierzu referierte Bant. Die Vaterenwärter erhalten ihren Vorrat in dritter Zeit erst am 5. und 20. des Monats auch endlich und da das Geld gewöhnlich sehr notwendig zur Miete gebraucht, kommen sie durch diese Vorrat Vorrat ab und in großer Verlegenheit. Darum daben sie durch den Arbeiterausschuss beantragt, dass die Sozialabteilung wieder, wie früher, am 1. und 16. stattfinden. Der Inspektor Bildner hat aber diesen Antrag rückweg abgelehnt. Er meinte, es müsste unbedingt an dem jetzigen Bezahlungsmodus festgehalten werden. Wenn

wirklich einer das Geld so notwendig brauche, könne er sich ja Vorbehalt geben lassen. Als aber dann wirklich einer um Vorbehalt nachgesucht hätte, sei ihm gefragt worden: „Sie sind wohl der Aufwiegler in der Korporation!“ Der Redner empfiehlt nun der Versammlung, dass man zunächst bei der Deputation der Gewerke, und wenn das erfolglos bliebe, beim Magistrat und bei den Stadtverordneten vorstellig werden. Nach lebhafter Diskussion wird folgender Beschluss einstimmig angenommen: „Der Arbeiterausschuss wird beantragt, bei der Deputation der Gewerke dadurch vorstellig zu werden, dass die Sozialabteilung wieder am 1. und 16. vorzunommen wird.“ Darauf berichtet Bant über: „Die Arbeitsordnung in der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses.“ Auf den 20. Juli sei der Antritt vom Inspektor Bildner vorbereitet worden. „Ich will Ihnen die Arbeitsordnung vorstellen.“ Dazu wird gesagt: „Machen Sie aber gleich darauf aufmerksam: gedrängt darf nichts daran werden.“ Der Arbeiterausschuss hätte man geglaubt, dass mind. eben ein paar neu: Paragraphen zu Gunsten der Arbeiter geschaffen worden wären. Da sei es aber gründlich enttäuscht worden. Die neue Arbeitsordnung hätte, wie die alte, hauptsächlich von Strafen geprägt.

In der Diskussion werden mehrere Fälle von rigorosem Strafvorwurf angeführt. Ein deutscher Uebelstand sei es, dass Anwälte und Oberinspektoren die Strafen verlangen. Dagegen müsse verlangt werden, dass das nur von einer Stelle aus geschehen dürfe. In einem Monat seien allein von vier Korporationen 26 Mark an Strafgebühren eingezogen. Die Vaterenwärter seien nicht darüber unterrichtet, wo eigentlich die Strafgebühren bleiben. Die folgende Resolution wurde hierzu einstimmig angenommen:

„Die versammelten süddutschen Vaterenwärter protestieren en-tschieden gegen die Behandlung, welche dem Arbeiterausschuss in Sachen der Arbeitsordnung fürtztlich zu thun wurde. Wenn der Herr Beleuchtungsinspektor schon beim Beginn der Versammlung erklärt, dass eventuelle Wünsche des Arbeiterausschusses nicht berücksichtigt werden, dann verhindern die Versammelten es überhaupt nicht einzusehen, welchen Zweck der Arbeiterausschuss haben soll. Die Versammelten hoffen, dass die süddutschen Vaterenwärter dafür sorgen werden, dass der Arbeiterausschuss auch als eine wahre Arbeiterversetzung von dem Beleuchtungs-Inspektor angesehen und dementsprechend unbefindlich wird.“

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage: „Welche Aufgaben hat der Arbeiterausschuss für die Zukunft?“ Streit, der hierzu referierte, bezeichnete es als eine zunächst zustellende Forderung, dass eine andere Regelung des Urlaubs eingeführt werde. Jetzt dauert der Urlaub von dem Mittag des einen Tags bis zum Mittag des andern. Dabei stehen sich die Vaterenwärter dagegen, dass der Urlaub und besonders bei ungünstiger Witterung genutzt wird, während ihrer Urlaubszeit zu pügeln, wenn sie sich nicht Verhältnisse auslegen wollen. Demgegenüber müsse verlangt werden, dass der Urlaub vom Morgen des einen Tags bis zum Morgen des andern dauert, und dass die Vaterenwärter auch während der Zeit von der Weiterbeschäftigung bereit sein mögen; keiner muss danach gezwungen werden, dass die Mitglieder des Arbeiterausschusses an Sitzungstage vom Dienst dispensirt würden. Schließlich müsste man auch auf eine Vorausförderung hinzuweisen.

In der Diskussion kritisiert u. a. Bruno Poersch das gleiche für die Arbeiterausschüsse. Die Annahme, dass die Ausschüsse eine persönliche Natur nicht verbanden dürfen, müsse bestätigt werden; die Arbeiterausschüsse müssen über alle Angelegenheiten, die das Arbeitserhaltung betreffen, verhandeln können. Dabin ist vorl. i. bei Aufgabe der Arbeiterausschüsse aller süddutschen Arbeiter. Jerner will Redner darauf hinweisen, dass über drei Wochen im Gewerkschaftsbaute eine Versammlung für alle süddutschen Arbeiter statt mit der Aufstellung in es alige, einen Prozessus zur Bedeutung der Vorr. und Arbeitssiedlungen, besetzten wird.

Berlin XI. Angestellte der süddutschen Kaufleute. Die Versammlung findet am Mittwoch, den 4. September ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel Ufer 15 ab. Verbandssekretär: Br. Poersch, welches in dieser Versammlung zu referieren sprach zunächst sein Beauftragter über den mächtigsten Bereich der Versammlung aus.

Raddam sprach derselbe über die wirtschaftliche Lage der Industrie in Deutschland und weckte indirekt den Einfluss der Niedergang der Gewerke auf die süddutschen Arbeiterschaft. Rauhlich das sich jetzt viel mehr Arbeitssuche melden als vorher.

Redner weist auf Zahlen nach, in welchem Maße sich die Zahl der Arbeitersiedlungen im vorigen Jahr von Monat zu Monat steigerte. Z. B. meldeten sich in den ersten Monaten auf hundert zu bestehende Stellen vierzig, während im zweiten Monat auf hundert bestehende Stellen 110 zu bestehende Stellen zu bestehen waren. Ferner weist derselbe darauf hin, dass in jüngster Zeit bei den Vaterenwärtern die Humanität der Vorgesetzten den Arbeitern geringer geworden ist, dass man den Arbeitern ganz einfach sagt, wenn es ihnen nicht paßt, können sie ja gehen, wie b. kommt u. billige Leute u. s. wie dies in den Vaterenwärtern schon vorgekommen ist.

Außerdem machte der selbe schon jetzt darauf aufmerksam, welche Schwierigkeit i. sich den Arbeiterausschüssen in den Weg stellt werden und wie die von den Ausschüssen zu begegnen sind. Dem Redner wurde für seine Interessenvertretungen lediglich bestatt gezeigt.

Redner schreibt einer Petition an die Deputation und die Vaterenwärter einen Vorschlag, von einer neuen Petition doch lieber Abstand zu nehmen. Wir

Mannheim III. Versammlung jeden 2. und 4. Sonntag im Monat.
Beginn 3 Uhr, im Hotel "Burg Post". H. S. bei Schmiede.
Mannheim IV. Alle 14 Tage nach der Zahlung Versammlung
bei H. S. 1. 3. Breitestraße. Alle jeden Samstag dazwischen Beitrags-
entrichtung.
Uerlheim. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitgliederversammlung
im "Wolfsen" 8 Uhr.
Jeden 1. Dienstag im Monat Mitgliederversammlung
im "Wolfsen" 8 Uhr.
Stettin. Alle Samstage nach dem 1. jeden Monats bei Stellmacher,
Blumstraße.
Stuttgart L. Jeden 1. und 2. Samstag im Monat, 8 Uhr Abends,
am "Sturm".
Schmargendorf. Am 8. Oktober in Wilmersdorf, Auguststr. 1
bei Struck.

Griedberg I. Hessen bei Frankfurt a. M. Die
hier unter der abwechselnden Leitung des Direktors Schmidt
stehende **Gewerbe-Akademie** eröffnet am 29. Oktober
d. J. neue akademische Kurse für Maschinen- und Elektro-
Ingenieure sowie für Bau-Ingenieure und Gewerbliche
Industrie etc. Eine mittlere Fachschule, (Technikum) für
Maschinen- und Elektro-Techniker (unter leichteren Auf-
nahmeverhältnissen) ist gleichfalls mit der Anstalt ver-
bunden.

Doch dieses polytechnische Institut einem wirklichen
Bedeutung namentlich solcher bestimmten Kreise entspricht, die
eine gediegene und weitergehende Ausbildung wünschen,
als man solche an den zahlreichen s. g. Technikums zu
erreichen vermöge, beweist u. A. auch die große Zahl der
bisherigen Anmeldungen, welche noch täglich in starker
Weise zunehmen. Nicht allein aus den großen deutschen
Industriebezirken, sondern auch vom Auslande (Australien,
Deutschland, Russland, Schweiz, Belgien, Holland etc.)
kommen zahlreiche Anmeldungen. Neben der gewöhnlichen
Unterrichtsmethode, den vorzüglichen Lehrbüchern und
Grimmungen der Anstalt sind es namentlich wohl auch
die bildigen Personalkreise und die sonstigen für ein er-
folgreiches Studium sehr günstigen Verbindungen, welche
diese starke Frequenz veranlassen. Da jüngst noch
Parallelkurse eingerichtet wurden, so können Anmeldungen
wahrscheinlich noch bis Ende Oktober eingezogen genommen
werden.

Unserem Verbands- und Arbeitskollegen

Emil Gack

zu seinem am 8. Oktober stattfindenden 25-jährigen
Dienstjubiläum die herzlichste Gratulation.
G. L. A.: Der Vorstand.

Achtung! **Achtung!**
Mitglieder der Filialen Berlin, Rixdorf,
Legel, Westend und Schmargendorf.

Montag, den 20. September, Abends 8 Uhr:

Romantische

Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, (großer Saal).

Tage 8. Ordnung:

1. Welche Aufgaben haben die Berliner südlichen
Arbeiter demnächst zu lösen, um endlich ihre Wünsche
zur Verrealisierung zu bringen. 2. Diskussion. 3. Wahl
von 2 Mitgliedern für den Verbands-Vorstand. 4. Wahl
eines Mitgliedes für den Verbands-Ausschuss.

Um zahlreichen Besuch bitten

Der Verbands-Vorstand.

Krankengeld-Zuschuhklasse.

Gekanntmachung.

Vom Beschluss des Verbands-Vorstandes und Ausschusses vom 18. August er. sind bis auf Weiteres die
Unterstützungssätze wie folgt festgesetzt:

Klasse I. 2 Mr.
II. 4
III. 6

Die ausgeschriebene Ertrakteuer:

Klasse I. 5 Pf.
II. 10
III. 15

Ist wöchentlich bis zum 31. Oktober (incl.) zu entrichten.
F. A.: G. Damm

Unserem Verbands- und Arbeitskollegen, dem Vaterne-
rechter

Franz Granner

zu seinem am 1. Juli stattfindenden 25-jährigen Dienst-
jubiläum die herzlichste Gratulation.

G. L. A.: Der Vorstand.

Unserem Verbandskollegen, dem "Plumber"

Paul Effenberger

zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum am 27. September
1901 die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Berlin III.

F. A.: Der Vorstand.



Überall

suchen wir lädtige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volkerveranstaltungen den Einzelverkauf der
bekanntesten humoristisch-satirischen Arbeiterblätter

Hüddentischer Postillon

übernehmen können. Güntige Bedingungen. Weiterer
Auskunft ertheilt auf gel. Anfrage W. Gräf, Verlag,
München, Seefelderstr. 4.



Ladewig's Bier-Stube

Bommardantenstr. 65.

Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier.

Vereinszimmer für 40 Personen.

Franz. Gildard. **Telephon.**

Zahlstelle der "Freien Volksbühne".

Filiale Ia, Berlin.

Hierdurch den Mitgliedern die traurige Nach-
richt, daß am 9. September unter treuem Mitglied

H. Jensch

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! **Der Vorstand.**

Ginnahmen und Ausgaben

der Filialen resp. größerer Einzel-Mitgliedschaften im II. Quartal 1901.

(1. April 1901 bis ultimo Juni 1901.)

Filiale	Verband h. b. d.-Ligen Wertung.	Mitglieder für männliche Arbeiter	Ginnahmen						Ausgabe						Summe der Ausgabe h. b. d.-Ligen	Zahl der mitglieder					
			Arbeits- zeitlicher Zahl der mitglieder																		
Berlin I. 1)	290,55	7	—	332,55	—	16,90	—	2,35	649,35	191,50	—	—	—	—	38,25	190,18	419,98	229,42	199		
" Ib. 2)	285,36	7	50	—	322,20	—	15,80	8	—	635,80	42	—	50	—	—	73,11	184,40	351,81	287,05	20	
" Ib. 3)	73,05	3	—	312,90	—	17,70	46,10	—	452,75	213	—	6,30	23,30	—	—	32,50	177,15	452,25	50	163	
" II. 4)	183,24	12	—	270	—	12,90	—	5	487,14	98,50	—	—	7,60	6	10,30	164,40	288,80	200,34	161		
" III. 5)	266,66	11,50	—	188,19	—	8	—	5	451,26	—	—	20	16,65	—	—	56,70	113,55	206,90	24,36	128	
" IV. 6)	219,62	—	—	44,40	—	2,20	14,80	—	281,02	85	—	—	7,90	—	—	18,20	24,20	135,20	145,82	2	
" V. 7)	249,21	2	—	175,95	—	8,20	—	—	435,66	43	—	—	—	—	—	30,80	98,67	172,47	263,39	103	
" VI. 8)	152,02	6,50	—	450	—	25,20	31,45	—	665,15	55,50	10	—	42,44	—	3	32,15	259,70	432,79	23,35	273	
" VII. 9)	165,86	4,50	—	211,89	—	9,16	23,50	—	414,76	82	10	—	6,10	—	—	13,10	119,50	230,70	184,06	135	
" VIII. 10)	11,77	—	50	—	49	20	—	2,10	14,90	75,47	36	—	—	—	—	10,10	27,50	73,30	5,17	29	
" IX. 11)	365,49	6,50	—	533,10	—	27	—	—	932,39	139,35	—	15	64,55	5,50	9	—	300,35	533,75	398,64	333	
" X. 12)	—	4,50	—	12,65	—	1,20	—	—	15,35	—	—	—	1,65	—	4,70	12	18,35	—	37		
" XI. 13)	112,20	—	—	60	6,50	4	40	85	182,70	—	—	—	16,50	3	—	37,25	56,75	125,95	68		
" XII. 14)	161,13	1	—	148,80	—	6,60	—	—	317,53	3	—	—	33,79	3	—	82	121,70	195,74	110		
" XIII. 15)	115,30	5,50	—	43,95	—	1,30	—	—	166,95	—	—	—	7	—	—	28,77	35,77	130,28	96		
" XIV. 16)	—	30	—	114,15	—	3,50	3,90	—	151,55	—	—	—	20	—	—	90,57	110,57	40,98	6		
Bremen	25,95	4	—	122,10	—	4,20	17,20	—	173,45	—	—	—	—	—	—	34,35	45,74	69,25	149,34	24	
Freiburg	36,69	14	—	246,15	—	—	—	—	296,24	—	—	—	—	—	—	137,05	174,11	122,13	21		
Charlottenburg	429,25	—	—	69,45	—	4,40	—	85	632,95	—	—	—	24,25	—	—	510	34,62	568,87	64,98	7	
Cöln 18)	—	90	12	—	—	3,50	—	1,17	92,57	—	—	—	24,67	—	3	52,50	53	92,57	—	40	
Dresden	630,46	36	—	568,45	—	32,60	—	—	1267,41	—	190	148,95	—	2	94,33	352,78	785,06	459,35	457		
Friedrichshagen	166,55	9,50	—	156	—	8	—	—	340,35	14	9	33,40	—	—	—	97,50	161,90	188,45	87		
Gera R. I. 2)	5,42	1,50	—	11,55	—	5,50	—	—	18,97	—	—	—	—	—	—	7,45	8,28	10,09	7		
Hamburg	48,31	31,50	—	642,30	—	21,80	—	51,50	795,41	—	—	—	5,80	6,60	166,03	374,45	552,88	242,52	475		
Karlsruhe	45,90	50	—	21	—	—	—	—	67,10	—	—	—	5,90	—	8	11	24,90	42,30	45		
Leipzig a. R.	138,22	22	—	135	—	1,20	—	12,31	699,71	—	—	—	46,70	—	—	37,50	35,53	36,53	44,44	4	
Ludwigshafen a. Rh.	18,27	3,50	—	54,75	—	4	—	—	65	81,17	—	—	—	—	—	—	35,53	36,53	44,44	4	
Magdeburg I.	256,70	—	50	—	241,50	—	10,10	—	21,55	530,35	5	30	40,68	4	1	131,35	256,93	273,42	157		
" II.	28,87	—	—	6,60	—	2,20	1,70	—	37,37	10	—	—	9,45	—	14,42	3,50	37,57	73,18	181,43	7	
" III.	167,94	1	—	79,80	—	3,40	—	92	252,16	5	—	—	7,70	—	—	—	103,15	222,18	65,20	15	
Mainz	97,35	10	—	173,70	—	6,30	—	—	287,38	—	5	114,03	—	—	—	2,50	52,60	122,43	385,79	70	
Mannheim I.	408,22	1,50	—	94,80	—	3,70	—	—	508,24	—	—	—	67,33	—	—	—	—	—	—	—	
" II.	76,29	—	70,50	—	30,30	—	—	145,39	—	—	—	17,15	—	—	—	28,40	39,85	85,40	59,99	30	
" III.	223,79	3	—	45,90	—	3,40	—	32	307,20	10	—	—	9,79	—	—	—	16,40	29,25	65,44	242,46	4
" IV.	195,24	17,50	—	88,35	—	3,40	—	—	307,49	—	—	—	20	—	—	14,67	65,08	99,75	207,74	7	
Nürnberg	76,30	10	—	42,9	—	11	—	—	526,30	—	—	—	26,17	—	—	—	30,47	56,64	117,17	4	
Wörth	112,06	—	50	—	56,55	—	1,70	—	3	173,81	—	—	—	1	—	6	26,50	49,92	78,82	129,04	6
Stadt	113,86	1,50	—	87,15	—	4,50	—	35	207,36	—	—	—	—	—	—	3,50	123,95	231,95	269,05	15	
Saarbrücken	233,38	3	—	220,35	—	10,70	33,50	10	501,03	2,50	—	90	6	—	—	39,89	126,05	193,15	83,63	18	
Stettin	51,88	19	—	193,50	—	10,30	—	—	276,68												

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Pr. 19.

Berlin, den 22. September 1901.

5. Jahrg.

Städtische Arbeiterpolitik in Dresden.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

Wir müssen und immer wieder mit den Arbeitsverhältnissen der höchsten städtischen Arbeiter beschäftigen, selbst auf die Gefahr hin, für Mängler gebeten zu werden. Den städtischen Arbeitern bleibt kein anderes Mittel, gehörte zu werden, als die Flucht in die Öffentlichkeit. Nur so können sie sich an den oberen maßgebenden Stellen Schild verschaffen. Und zwar so, daß man endlich auch auf die Klagen dieser Arbeiter etwas giebt, ist auf ihre Richtigkeit hin prüft und untersucht, und eventl. Abhilfe schafft. Den städtischen Arbeitern steht aber zu diesem Zwecke kein anderes Mittel zur Verfügung, als die Arbeiterpreise.

Wir haben erst in den letzten Tagen aus Missständen der verschiedensten Art in städtischen Betrieben dingenommen, und jetzt geben uns schon wieder Klagen von maßgebender Seite zu. Diese begleiten sich besonders auf Arbeiterentlassungen. Diese nehmen, wie man uns mittheilt, in gradzu bedenklicher Weise zu. Vor etwa vierzig Tagen wurde demnach bei der fünften Inspektion des Liebauamtes die größte Theil der Arbeiter entlassen. Seit voriger Woche wird angeblich den Arbeitern beim Abrechnen für Gas und Wasser geändert, 80 Mann sind schon davon betroffen, andere sollen noch folgen. Auch im Elektrizitätswerk spricht man an Leuten, die über die Möglichkeit kündigen. Manchen Arbeitern wurde gesagt, sie sollen in etwa 14 Tagen wieder nach Arbeit fragen, aber die Entlassungen haben noch lange der Sache wenig Hoffnung auf Wiederannahme. — Man sagt den Arbeitern, die Entlassungen wären nicht zu umgehen, andererseits wolle man uns aber mit, daß z. B. die meisten Schleusenbauten an Privatunternehmern vergeben werden. Ja, warum denn das? Und wenn man etwas sagen will, daß der Privatunternehmer ja auch Arbeit braucht, so ist damit die hier geforderte Arbeiterpolitik der städtischen Betriebe ganz und gar nicht entschuldigt. Ein Arbeiter, der in der heutigen Zeit arbeitslos wird, vermeidet zunächst die große Zahl der Arbeitslosen, und er muß schon viel Glück haben, wenn er gleich wieder Arbeit bekommt. Ein solcher Standpunkt ist eines städtischen Betriebes doppelt unvorsichtig in Zeiten wirtschaftlichen Glends, wie es jetzt existiert. Gerade da müssen und sollen die Verwaltungen der Gemeinden einzutragen, um nach Möglichkeit Arbeit zu schaffen. Tatsächlich leben wir auch, daß in vielen Gemeinden die Bedürfnisse beständiger und guten Willens zeigen. In vielen Gemeindeverwaltungen hat man dazu Siedlung genommen, vor kurzem erst in Dresdens näherer Umgebung in einigen Orten. Man sucht Arbeit zu schaffen, um Nörd und Glend zu mildern, — in Dresden aber entlädt man die Arbeiter. Und es könnte in einem so großen Geheimnis bei einem guten Willen schon viel getan werden.

Es ist unbegreiflich, daß man hier so augenfällig wenig Bedenklichkeit für diese Seite der sogenannten Frage zu haben scheint. Oder läßt man etwa die unteren Beamten nach ihrem Verdienst halten und warten? Das ist doch wohl nicht gut anzunehmen. Wenn es aber doch so läge, dann ist es doppelt notig, daß die Öffentlichkeit und die oberen Beamten auf diese Dinge hingewiesen werden. Und niemand wird dankbar sein, als die Arbeiter selbst, wenn sie leben, daß ihr Appell nicht vergeblich ist. Mit Bitten, Beschwerden und Eingaben haben sie es ja oft genug versucht, aber ohne nennenswertem Erfolg.

Arbeiter-Haushalt und Zornzölle.

Von einem jungen Rationalökonomen Paul Mombert ist bei Gustav Fischer in Jena eine Broschüre über „Die Belastung des Arbeiterinkommens durch die Zornzölle“ erschienen. Der Verfasser hat 75 verschiedene Arbeitersubjekte untersucht, um daraus festzustellen, wie hoch der einzelne Arbeiter und die ganze Arbeiterfamilie nach Abzug des thüringischen Konsums belastet wird. Er mußte sich dabei mit bestergerichteten Arbeitern beschäftigen, die es bei der großen Masse der Arbeiterschaft unmöglich ist, genau geführte Haushaltungsrechnungen zu erhalten. Das Resultat, daß er aus diesem der Wirklichkeit möglichst nahe gerückt hat, erhalten hat, ist in Kurze folgendes:

Der heutige Zoll von 8,50 M. belastet einen der befragten Arbeiter mit 12,85 M., einen anderen mit 10,1 p.M. seines Einkommens. Eine der untersuchten Familien zahlte dreimal mehr als den gebundenen Anteil ihres Verdienstes an die Agrarier. Die durchschnittliche Belastung der Familien beträgt bei dem heutigen Zollzoll 31,70.

Das Durchschnittseinkommen der 75 bestergerichteten Arbeitersubjekten beträgt jährlich 11,388 M.; dies entspricht einem tatsächlichen Verdienst von rund 3,8 M. Bei dem heutigen Zoll also müssen die betrachteten Arbeiterfamilien von 800 Arbeitstagen 8½ Tage arbeiten, um die Proststeuer aufzubringen. Sollten die Zollerhöhungen durchgehen, so müssen die Arbeiter dagegen 15½ Arbeitstage für die Agrarier fröben. Die Belastung liegt bei einem der Arbeiter auf 22,87 M., bei einem anderen auf 18,01 p.M. seiner Einnahmen, bei einer Arbeiterfamilie auf 129,28 M., bei einer anderen bis nahezu

20 p.M. ihrer Gesamtentnahmen. Dabei ist zu beachten, daß es sich hier lediglich um die Zornzölle handelt, daß also die Zölle auf Fleisch, Butter, Schmalz, Eier und sonstige Lebensmittelkosten (Petroleum usw.) nicht beigezogen werden. Solche zeigen die Zahlen, wie ernsthaft heutzutage bei uns die Produktion durch die Zölle verdeckt ist, möglicherweise sogar: Einwand, daß die Zölle nicht immer voll im Preise zum Ausdruck kommen, obwohl zweifelhaft, daß sie darüber hinaus bleiben kann. Die verbreitende Wirkung ist auf alle Fälle vorhanden! Mombert macht auf die Folgen einer weiteren Verhöhung aufmerksam. Für die Arbeiter würde sie Verschlechterung der Lebenshaltung für die Industrie und Arbeiterschaft verschärfen. Und für die Landwirtschaftlichkeit bedeuten. Und für die Landwirtschaft wird sie zweifellos zu einem Rückgang des Absatzes ihrer hochwertigen Produkte führen, an deren Stelle die minderwertige Kartoffel tritt.

Arbeiter und Arbeitgeber.

Das Thema „Arbeiter als Arbeitgeber“ ist in der letzten Zeit vielfach in der Öffentlichkeit behandelt worden.

Dabei sind auch wohl die Ausführungen von Interesse, die der bekannte Arbeiterschriftsteller, Reichs- und Abgeordneter R. S. G. die diesmal auf der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-

Verbandes machte.

Er sagte:

„Kann noch ein paar Worte über die Bezahlung der Bezirksleiter. Der Vorstand hält einen Anfangsgehalt von 2000 M. im Jahre durchaus für nicht zu hoch, schlägt aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß jedes Bezirksleiter erhebliche Einnahmen muss, vor, den Gehalt für diese Beamten mit 180 M. pro Monat im ersten Jahre beginnen zu lassen, bei der Ablösung nach Ablauf dieses Jahres auf 180 M. per Monat zu erhöhen und von da an eine monatliche Steigerung des Gehalts um 5 M. bis zum Höchstbetrag von 3000 M. per Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wollen diese Beamten sicher zu stellen geg. in Krankheit und Unfälle, gegen die Schäden d. Invalidität und des Alters. Diese Bezahlung wird von verschiedenen Mitgliedern für zu hoch befunden; es haben sich mehrere Kollegen zum Theil in recht drastischer Weise in der Metallarbeiter-Zeitung gegen diese hohe Bezahlung eingehoben, auch gegen die Bezahlung im Alter und im Falle der Invalidität ausgesprochen. Der Vorstand motviet die Gehaltsstufen mit dem Bedenken, einen Stab von tüchtigen und schaffungsfreudigen Beamten für unseren Verband heranzuziehen. Das, was tüchtige Beamte nötig haben, wird von Niemandem bestritten werden, der die Bezahlung in der Gewerkschaftsbewegung kennt. In der Tat hat nicht leicht ein anderes Beamter so viele und so schwierige Aufgaben zu erfüllen, wie ein Gewerkschaftsbeamter. Es genügt nicht, lesen und schreiben zu können, diese Bezirksleiter müssen über ein gewissem Maß von allgemeinen Kenntnissen und sozialpolitischer Bildung verfügen, wenn sie die Aufgabe erfüllen sollen. Von dem Vorstand ist ausdrücklich gefordert, Honoriertreichtum nicht die Gemeinde und Stadt ihren Subalternbeamten bezahlen; obwohl dieser Kategorie von Staats- und Gemeindebeamten nicht im Entferntesten ein solches Maß von Arbeitserfordernis und Verantwortung zugeschrieben wird, wie unseren Beamten. Wenn Staats- oder Gemeindebeamte, wenn Privatangestellte ihre Befreiung absolut haben, sind sie ihr eigner Herr, sie haben Freizeit. Für die Gewerkschaftsbeamten beginnt dann erst der schwere Versammlungsdienst, der sich bis nach Mitternacht erstreckt und ihnen den notwendigen Schlaf raubt. Der Gewerkschaftsbeamte hat selten einen freien Sonntag, selbst an den Feiertagen ist der Beamte durch den Versammlungsdienst in Anspruch genommen. Generalversammlungen, Regionalkonferenzen finden in der Regel an den Weihnachts-, Früh- oder Pfingstferientagen statt. Und welche Berantwortung haben diese Beamten bei Ruhedemissionen, wie viel Aufregungen und Unannehmlichkeiten müssen sie über sich ergehen lassen! Wieviel Demuthigungen müssen sie auf sich nehmen bei den Verhandlungen mit den Unternehmen! (Sehr richtig), was müssen sie sich nicht alles sagen lassen, z. B. nach einem verlorenen Streit!

Dennoch kann man noch vielfach eine Heringsfütterung ihrer Thätigkeit seitens der Arbeiter beobachten, die empörend und kränkend ist. Die Geschichte der meisten Gewerkschaftsführer ist eine wahre Heldengeschichte; nun sag der Unternehmer, zur Verfolgung des politischen Gegners gesellt sich häufig noch der Pionierhand und die Heringsfütterung in den eigenen Reihen. (Lebhabte Zustimmung) In dem ungezogenen Vorwurf, daß der Gewerkschaftsführer sich von den Grossen der Arbeiter mässen, wird vielfach Billigerung oder laut Jubeln seitens unverbindlicher Arbeiter eingeschlämmt. (Sehr richtig!) Ist es da ein Wunder, wenn es viele lästige und brauchbare Kräfte es vorziehen, als Vorarbeiter, Werkmeister oder Kommissare den Unternehmern zu dienen, auflauern die Arbeitsschlaf der gewerkschaftlichen Organisation zu widmen? Da wissen die englischen Gewerkschaften die Ehrlichkeit ihrer Beamten doch mehr zu würdigen. Im

Vergleich zu unseren Angestellten sind die Angestellten der englischen Gewerkschaften fürstlich befoldet. Gehalter bis 10.000 M. jährlich sind bei englischen Gewerkschaftsvorständen keine Seltenheit. Mögen auch die Bezahlungen anders liegen als in England, so ist doch die Bezahlung der englischen Gewerkschaftsführer verhältnismässig eine weit bessere als die der deutschen. Die englischen Gewerkschaften schicken ihre Vorstände vielfach in fremde Länder, um durch Augenscheinnahme feindlicher Bevölkerung Vorteile für ihre eigenen Organisationen zu gewinnen. So bat der englische Gewerkschaftsverein zu diesem Zweck eine Reise nach Deutschland unternommen; Barnes war Monate lang im Ausland, um die Industrie- und Arbeiterschaftsverhältnisse der verschiedenen europäischen Länder kennen zu lernen. Auf dem internationalen Pariser Kongress wurde ich gebeten, die Führung englischer Metallarbeiterdelegationen durch Deutschland zu unternehmen, die d. f. f. w. waren, sich zwei Monate auf Kosten ihrer Organisation zu Informationszwecken im Ausland aufzuhalten. Bei uns befindet man, der Gewerkschaftsbeamte werde schon das Gewerkschaftswesen verlieren, wenn er so gestellt wird, daß er nicht Tag für Tag mit Nabungssorgen zu kämpfen hat. Und doch ist in Deutschland zu jedem Bevölkerung gar kein Grund vorhanden. Wo sind denn die Renegaten unter den deutschen Gewerkschaftsführern, die die Arbeiterverschwendungen verüben? Mir ist nicht ein Fall bekannt, der diesen schimpflichen Verdacht begründen könnte. Wenn sie und da ein Gewerkschaftsbeamter strauchelt, so ist es in der Regel auf den Umstand zurückzuführen, daß die Leute, für welche Bezahlung, eben zu schändig bezahlt waren. Gerade durch die ungünstige Bezahlung ist mancher sonst brave Genosse zum Verbrecher geworden.

Ich verstehe es ja, wenn ein Arbeiter, der wöchentlich 20 M. oder weniger verdient und davon eine Familie mit fünf Kindern zu ernähren hat, ungehalten ist, wenn er seinen Angestellten 2000—3000 M. im Jahre zu zahlen hat. Sie streben aber doch danach, daß jeder Arbeiter eine sorgfältige Existenz erlangt; wie kann der Arbeiter von dem Unternehmen verlangen, was er von einem eigenen Angestellten verweigert? (Sehr gut!) Wird der Arbeiter von seinen Forderungen absehen, wenn der Unternehmer sagt würde, er sei selbst so schlecht gestellt, daß er diese Forderung nicht befriedigen könnte? Mit Sicherheit, der Arbeiter wird eben zu Hause die Gehaltsstufen mit dem Bedenken, einen Stab von tüchtigen und schaffungsfreudigen Beamten für unseren Verband heranzuziehen. Das, was tüchtige Beamte nötig haben, wird von Niemandem bestritten werden, der die Bezahlung in der Gewerkschaftsbewegung kennt. In der Tat hat nicht leicht ein anderes Beamter so viele und so schwierige Aufgaben zu erfüllen, wie ein Gewerkschaftsbeamter. Es genügt nicht, lesen und schreiben zu können, diese Bezirksleiter müssen über ein gewissem Maß von allgemeinen Kenntnissen und sozialpolitischer Bildung verfügen, wenn sie die Aufgabe erfüllen sollen. Von dem Vorstand ist ausdrücklich gefordert, Honoriertreichtum nicht die Gemeinde und Stadt ihren Subalternbeamten bezahlen; obwohl dieser Kategorie von Staats- und Gemeindebeamten nicht im Entferntesten ein solches Maß von Arbeitserfordernis und Verantwortung zugeschrieben wird, wie unseren Beamten. Wenn Staats- oder Gemeindebeamte, wenn Privatangestellte ihre Befreiung absolut haben, sind sie ihr eigner Herr, sie haben Freizeit. Für die Gewerkschaftsbeamten beginnt dann erst der schwere Versammlungsdienst, der sich bis nach Mitternacht erstreckt und ihnen den notwendigen Schlaf raubt. Der Gewerkschaftsbeamte hat selten einen freien Sonntag, selbst an den Feiertagen ist der Beamte durch den Versammlungsdienst in Anspruch genommen. Generalversammlungen, Regionalkonferenzen finden in der Regel an den Weihnachts-, Früh- oder Pfingstferientagen statt. Und welche Berantwortung haben diese Beamten bei Ruhedemissionen, wie viel Aufregungen und Unannehmlichkeiten müssen sie über sich ergehen lassen! Wieviel Demuthigungen müssen sie auf sich nehmen bei den Verhandlungen mit den Unternehmen! (Sehr richtig), was müssen sie sich nicht alles sagen lassen, z. B. nach einem verlorenen Streit!

Der Arbeiter als Arbeitgeber ist in der letzten Zeit einzigermaßen in Beruf gekommen, die Borgänge in einzelnen Konsumvereinen, in mehreren Diskontläden, soweit es sich doch um Großbetriebe der Bureaubeamten und Angestellten handelt, haben die helle Freude der Unternehmer und ihrer Presse erzeugt, man sucht daraus nachzuweisen, daß in Arbeiterkreisen die Ausbeutungswut so stark vorhanden ist wie bei den Unternehmern. Dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Das sind Einzelgeschäftsleinen in den modernen Arbeitersbewegung, die man nicht der Gesamtheit zur Last legen darf, Geschäftseinheiten, die entschuldigt, sind angehoben der traurigen Lage, in der sich das Gros der deutschen Arbeiter befindet. Bezahlungswert aber wäre es, wenn diese Strömungen Boden lassen würden. Das würde nicht nur unseres Sturzjagden widersprechen, es wäre auch tatsächlich falsch; die Arbeitersbewegung selbst hätte den größten Nachteil, wenn durch Hennigfuchsret bei der Bezahlung der Beamten die besten Kräfte den Gewerkschaften ferngehalten oder von ihnen zurückgezogen würden.

Wir hoffen, daß diese Worte auch insbesondere von jenen Berliner Mitgliedern beverigt werden, welche sich erst kürzlich in sehr unschöner Weise über die amästenden Beamten unseres Verbandes aussprachen.

noch ein Wort in Sachen der Frankengeld-Zuschüssen.

Bei dem Verbands-Vorstande sind mehrere Schreiben eingelaufen, welche darüber Weisungen führen, daß derselbe nebst dem Auskunft insofern eigenmässig gehandelt hat, indem er ohne die Mitglieder zu betragen, die Leistungen der Kasse berücksichtigt.

Gewiß, rein formell betrachtet, hat der Verbands-Vorstand nicht richtig gehandelt, doch der zufällige Büttung der Sachlage wird man wohl zugeben müssen, daß die Handlungen weise deselben im ursprünglichen Interesse der Frankengeld-Zuschusskasse lag.

Weil ich schon in der vorherigen Nummer mitteilte, waren bei der Geschäftsstelle der Kasse innerhalb weniger Tage soviel Anträge auf Zuschüsse ein, daß nicht nur das gesammte Haardermittel verbraucht wurde, sondern geblieben in der Höhe von 500 M. nicht verbraucht werden konnten, da kein Geld mehr da war. Innerhalb

	Schulden	Spesen
9.42	199	20
7.05	50	166
3.44	165	3
4.36	128	7
5.82	27	39
3.39	10	35
5.38	27	13
4.06	13	17
5.17	29	3
8.61	33	37
5.95	68	7
5.74	110	25
1.25	96	9
1.98	6	44
4.11	89	21
2.13	21	48
5.20	15	4
5.79	70	4
9.99	30	4
2.46	4	7.74
7.53	20	7.17
9.04	6	4.84
9.05	15	3.53
3.53	18	3
4.84	7	7.17
6.53	22	2
51.63	522	1
Gesamt-Summe		
Arbeitskosten		

wenige Tage" war also nicht nur das gesamte Baardermögen aufgezehrt, sondern auch noch 500 Mark Schulden waren loszulagen gemacht.

Hätte der Verbands-Vorstand erst die Mitglieder befragt, eine Urabstimmung angeordnet, so wär' unter diesen die Käse gänzlich zusammengebrochen. Nach dem Statut muß zwischen den Belämmigungen der Urabstimmung und dem Endtermin derselben mindestens eine Frist von zwei Monaten liegen. — Also mindestens zehn Wochen hätte die Käse ihre Zahlungen gänzlich einstellen müssen, das wäre aber ihr gänzlicher Zusammenbruch gewesen.

Deshalb mußte der Verbands-Vorstand das gegenwärtige Provisorium im Interesse der Käse schaffen.

Dr. Poersch.

Erläuterung.

In Nr. 18 der "Gewerkschaft" ist ein Bericht über von der Zelle Mannheim III entbunden, der sich unter Anderem mit dem Reichstagabgeordneten Dresbach und meiner Bevölkerung beschäftigt. Der Verbandsfotograf Sotta soll nach demselben behauptet haben, daß er von Dresbach bei dem Verbands-Vorstande angebracht worden sei.

Diese Behauptung entspricht keineswegs den wahren Tatsachen. — Sotta hatte in Mannheimer Versammlungen und in Briefen an uns mitgetheilt, daß die sozialdemokratischen Stadträthe in Mannheim für seine Wahlregelung gestimmt hätten. Am Interesse unserer Bewegung lag es nun, zu erfahren, ob diese Behauptung den wahren Sachverhalt auch entsprechend war. Wir batzen daher Dresbach, der zugleich in Mannheim Stadtrath ist, um nähere Aufklärung.

Er ergab sich dann, daß Sotta in seiner bekannten leichthinigen Weise wieder einmal Behauptungen aufgestellt hatte, die dem wahren Sachverhalt geradenwegs Gefüllt schlugen. Gerede, die sozialdemokratischen Stadträthe waren es gewesen, welche sich in der Sitzung des Gemeinderates energisch gegen die beabsichtigte Wahlregelung ausgesprochen hatten. — Wenn dann Dresbach uns noch Einiges über die später aus den beobachteten Gründen erfolgte Entlastung Sottas mittheile, dann kann hier von keiner Anschuldigung die Rede sein. Dresbach hat uns nur auf eine an ihn gerichtete Anfrage Beifeld erwidert.

Auf die Anschuldigungen einzugehen, welche Sotta gegen mich erhebt, darum verprise ich keine Lust. Meine Zeit ist mir zu kostbar, um sie mit solch unnützen Streitereien, wie sie Sotta Tag für Tag betreibt, zu vergeben.

Dr. Poersch.

Gingesandt.

Wer ist Herr Hermann?

Es sind wiederholte Briefe an Herrn Strafen-Inspektor Brückner gelangt worden, worin sich vielleicht mehrere Leute beschworen haben, gegen die wohl! und schon Bekämpfung, die Herr Strafenwärter Hermann seinen Bezirkleuten auf freier Straße angehoben läßt. Nun sieht es so Herr Hermann, weil er vielleicht darüber zur Stelle gestellt worden ist, trotzdem noch beledigt. Er versuchte es, sich verschiedenen Arbeitern gegenüber als schuldloses Lammchen hinzustellen und sich reizwütos, das heißt gegen seine Spiegel und lieben Kinder, aber die Fleder bringt er nicht weg.

Bekannt ist, daß Herr Hermann ein grimmiger Feind seiner verschiedenen Arbeitern ist, wofür wir die erwähnten Beweise erbringen. Dieses wissen jene Kollegen, deren ganzes Dichten und Trachten danach geht, bei Herrn Hermann lieb Kind sein zu wollen. Sie würden Herrn Hermann vielleicht auch einen bestimmten Oberheitlichkeit lassen, wenn er dieses von Ihnen verlangt.

Und nun zu Herrn Hermann selbst. Herr Hermann findet Sie es nicht gewesen, der uns im Frühjahr bei den neuen Leuten, die Sie jetzt noch haben, in der unkonventionellen Weise verdorben und den Leuten verbietet hat, mit uns zu sprechen und gesellschaftlichen Verkehr zu pflegen? Es gehört schon eine bedeutende Dosis Charakterlosigkeit Ihreswerts dazu, die Arbeiter gegenzeitig zu diskreditieren. Sie haben auch nicht das geringste Recht, sich um das Privatleben der Leute zu kümmern.

Wer war es, der uns im vorigen Jahre auf dem Schlachthof als Knarren, Sozialdemokraten und Aufwiegler hinzielte? — Doch Sie, Herr Hermann. Können Sie das und das beweisen? Wissen Sie überhaupt, was die Worte zu bedeuten haben? Unserer Ansicht nach wissen Sie das nicht. Herr Hermann, sind Sie nicht derjenige, der die Arbeiter mit den Schmeichelnamen Haulenzer und freche Hallunzen tituliert und den Arbeitern droht: „Wenn ich (Hermann) nochmals Unannehmlichkeiten vom Herrn Ober-Straßenmeister Euch wegen bekomme, dann gibts Feuerlämmen, dann brennt's!“ Was Sie damit meinen, wissen wir genau: dann gibt es Strafarrest, dann gibts Maßregelungen usw. Durch Sie sind doch die Leute erst zu Haulenzern geworden.

Sind Sie es nicht, Herr Hermann, der sich hinter die Bäume versteckt, die Arbeiter von dort aus beläuft und dann plötzlich hervorkommt und auf der Straße Krach macht?

Herr Hermann, haben Sie nicht oft schon Szenen auf freier Straße veranlaßt, die jeder Beschreibung spottet, so, daß die Leute schaunweise hinter Bäumen verblassen sind? Ich will nur erinnern an den Fall Görner, Richter und Scheffler.

Und angefangen dieser erdrückenden Beweise und Thataktionen, da wagen Sie es noch, Herr Hermann, sich als unschuldiges Lamm hinstellen zu wollen? Nein, Herr Hermann, wer Sie kennt, der faust Sie nicht.

Behandeln Sie uns, verehrtester Herr, gerecht und wie es Menschen zutrommt; unterlassen Sie die fortgesetzte Agitation gegen die Arbeiter. Weilen Sie jenen Subjekten, die sich bei Ihnen lieb Kind machen wollen und dies mit den gemeinsten Mitteln zu erstreben suchen, die Thür.

Sie kennen doch jedenfalls das Sprichwort: „Sage mir mit wen Du umgehst, und Ich will Dir sagen, wer Du bist.“

Doch wir mit Arbeitern, denen jeder Funke von Moralität fehlt, nicht gesellschaftlichen Verkehr pflegen und ihren Umgang melden, das kann uns doch Niemand überleben!

In all'n gesellschaftlichen Kreisen werden jene Elemente verachtet, die durch Fleischerei und Viehherunterhaltung zu fristen und zu verbessern suchen.

Auch wir besitzen Standes- und Ehrengesetz und verachten diese moralisch und durch diefeinen Kollegen, hierauf scheint Herr Hermann besonders viel zu geben. Das erhebt daraus, daß immer ein- und diefeinen Eule des Sonntags-Borntags ausgehen, d. h. noch der Kirche geben dürfen, andre Personen dagegen arbeiten müssen. Auf etwaige Beschwerden erklärte Herr Hermann: „Ich muß die Leute beschäftigen, die am wenigsten Vohn haben.“

Das heißt: Diejenigen, die keine Kinder mehr zu ernähren haben, und diejenigen, die Al's und Invalidenrente beziehen, arbeiten auch Sonntags-Borntags, damit anderen werden hierauf ausgeschlossen. Eine nette Ausbildung.

Wir hoffen nun, daß die oberen städtischen Behörden im Hinblick auf diese ganze Sache eine eingehende Untersuchung veranstalten und zu diesem Zwecke nicht nur Herrn Hermann und seine lieben Kinder vernachmen werden, sondern alle Personen, die dabei in Frage kommen.

Wir hoffen ferner, daß Herrn Hermann die gehässige, schrale Bekämpfungswelt der Arbeitern gegenüber seitens der zuständigen Behörde unterlegt wird.

Weiter möchten wir noch bemerken, daß es wohl nicht staubt ist, daß Herr Hermann während der Arbeitzeit stundenlang in der Kneipe sitzt, den Arbeitern aber bei event. Zusammentreffen mit Entlassung droht.

Mehrere städtische Arbeiter von Chemnitz.

Aus den Gemeinden.

Von der Baugenossenschaft der Berliner städtischen Arbeiter. Der Vorstand der Baugenossenschaft bat bekanntlich dem Berliner Magistrat den Antrag unterbreitet, ihm Baugeland ewiguell in Erbbaupacht und billiger Bau resp. Hypothekengelde zu Verfügung zu stellen. Ein Bescheid ist bisher nicht erfolgt, was wohl momentan darum zurückzu führen ist, daß bis zu Anfang dieses Monats Freien für die Deputationen zu warten.

Auch an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat der Vorstand einen Antrag dabeigestellt, der Baugenossenschaft ein Stück Forst in Friedrichshagen in Erbbaupacht zu überlassen. Der Forststellen beschäftigt hier ein bestimmtes Stück Forst zu verkaufen, das sich zu Baugeweden sehr gut eignen würde. In Friedelsbogen gedenkt der größte Theil der Wallstraße-Arbeiter der Baugenossenschaft an. — Die überflüssigen Gelder hat der Vorstand der der Deutschen Bank angelöst.

Vom Gasarbeiter-Ganges. Der Verbands-Vorstand hat ein Flugblatt an die in den deutschen Gaswerken beschäftigten Arbeiter in der Höhe von 10.000 Exemplaren herausgegeben, welches die Bedeutung des geplanten Kongress' kurz behandelt und die Interessen zur Aufteilung der nötigen Infosten aussordnet.

Über Arbeitsverhältnisse in den Provinzialsstädtischen Betrieben schreibt man der "Sächsischen Arbeiterzeitung" von unterrichteter Seite: „Was sich die Arbeiter jetzt von manchen Beamten und Aufsehern gefallen lassen müssen, angeht der schlechten Lage des Arbeitsmarktes, das ist wahr, der Gesetzestatut preisgegeben zu werden. Von Ausseher T. (Tiefbauamt) wurde vor kurzem ein Arbeiter entlassen, weil er mit einem seiner Kollegen 10 Minuten nach Feierabend zu Hause gegangen war, in der Meinung, es würde nicht verletzen, was aber nach diesem noch geschah. Die Arbeiter hatten von Nachts 12 Uhr bis Abends 7 Uhr gearbeitet. Alle Vorstellungen des Entlassenen bei höheren städtischen Beamten waren vergeblich. Einige Tage später wurde ein Arbeiter bei derselben Kolonne vom Inspektor L. angesprochen, als er sich austrocknete, was der Gasarbeiter sofort geschehen muß. Auf Befehl des Herrn Inspektors wurde der Arbeiter sofort entlassen; eine Vertheidigung war dem Arbeiter nicht möglich, obgleich von seinem Ausseher angestanden wurde, daß er einer der tüchtigsten Arbeiter war. Herr L. ging kurz Zeit darauf auf Sommerurlaub. — Voraussetzung mißt sich die Arbeiter gefallen lassen, welche zu einem anderen Ausseher geschickt werden. Wenn sich die Arbeiter beschwert, wo werden sie in der Regel bei den höheren Vorgerichten nicht vorgesetzten. Arbeiter-Ausschüsse wollen die städtischen Böddern nicht haben, besonders wenn sie genüge Beschwerden vorbringen; so bleibt den Arbeitern weiter nichts übrig als alles über sich ergehen zu lassen. — So können Unterbeamte und Polizei, wie es scheint, machen was sie wollen; das gelte auch bei der Vertriebshandlung der Arbeitszeit. So lassen verschiedene Polizei auf Arbeitsplätzen, welche ganz außerhalb des Bereichs liegen, 11 Stunden arbeiten; am Flußkanal (verlängerte Holzfelstrasse) läßt das Tiefbauamt 9%, die Firma Diderhof u. Wittmann 11, 12, 13 Stunden arbeiten, sogar Sonntags ist im Kanal gearbeitet worden. Aber in städtischen Betrieben müssen immer wieder Leute entlassen werden — wegen Mangel an Arbeit.“

Die Arbeiter haben die Ansicht, daß durch solche Zustände Ungerechtigkeit unter ihnen gestiftet werden soll, um Grund zu Entlassungen zu haben.

Wir geben den Rathsarbeitern unter den obwaltenden Umständen gern Gelegenheit zur Flucht an die Distanzlichkeit. Damit ist die Sache aber nicht erledigt. Die Arbeiter müssen sich noch vielmehr als bisher um ihre Organisation kümmern, dann werden sie oben schon eher gebürt werden. Der Rat soll aber im Interesse des Einvernehmen mit den Arbeitern doch endlich einmal energisch Abfälle gegenüber den immerwährenden Klagen der Rathsarbeiter schaffen.

Eine nadellose Organisation existiert seit Samstag, den 7. September in Mannheim. Zu einer Versammlung im Lokal der Bütte Reinhard haben zirka 200 Arbeiter des Gaswerks Lindenholz, die bisher der Zabstelle I der städtischen Arbeiter angedienten, beschlossen, sich als "Freie Gewerkschaft", unabdingt vom Verbande der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, zu konstituieren. Über Ziel und Zweck der neuen Organisation verlautet vorläufig noch nichts. Allem Anschein nach jedoch dürfte ihr Hauptzweck der sein, möglichst viele Vereinigung und Betriebsrat in die Reihen der städtischen Arbeiter zu tragen. Wahre Elemente sind zu diesem Zweck hier vereint, eben ergeht sich schon daraus, daß ne den von der Zabstelle I wegen Gegenaktion aus dem Verband ausgeschlossenen Herrn Leonhard Schäfer zum Vorsitzenden gewählt haben, auf dessen Rechnung das Entstehen der neuen Organisations auch ganz allein zu legen ist. Dieser Herr Schäfer war früher Schriftführer der Zabstelle I, welches sein Amt er auch zur allgemeinen Zufriedenheit brachte. Seit Anfang dieses Jahres jedoch gefällt er sich in all'hand Seitenprägungen. Bekannt ist, daß die Feuerbaubarbeiter des Gaswerks Lindenholz im Mai 1900 durch Streik den Achtstundentag errungen haben, während die Hofarbeiter noch 10 Stunden arbeiten. Der Achtstundentag lohn für Feuerbaubarbeiter beträgt 3.90 M. und steigt mit den Dienststunden bis zu 4.60 M. Hofarbeiter erhalten 3.80 M. Neuintretende jedoch nur 3 M. Nun ist durch die Industrielegierung des neuen Gaswerks Eugenberg ein großer Theil der Feuerbaubarbeiter im Gaswerk Lindenholz überflüssig geworden und werden die jüngsten mit Polarität beschäftigt. Diese erhalten den Vorn der Hofarbeiter von 3.80 M. Einige der selben stellen im März d. J. in einer Versammlung der Zabstelle I den Antrag, beim Stadtrath dafür vorstellig zu werden und Ladin zu wünschen, daß mit den Feuerbaubarbeitern unter den Arbeitern wegen des höheren Verdienstes abgewechselt werden möge, mit andern Worten, dasselbe System wieder einzuführen, das vor dem Streik bestanden hatte.

Dieser Antrag wurde damals von Schäfer aufs bestzte befürchtet und bestand sein Hauptargument darin, daß bei einer eventuellen Bewilligung dieses Antrags durch den Stadtrath auch der Zabstundentag hier wieder eingeschafft werden würde, wodurch die einzige Errungenschaft der Feuerbaubarbeiter, die durch den Streik vom vorigen Jahr erzielt worden ist, illusorisch würde. Da dianer niemand zweifelte, wurde der Antrag abgelehnt. Später trat jedoch ein bemerkenswerter Umstand in den Geist: u. z. Schäfer ein. Als er selbst in den Hof verzog, agitierte er für diesen Antrag, versah eine einschlägliche Einladung und schickte sie mit den gesammelten Unterstrichen, ohne dieselbe einer Versammlung unterzulegen zu haben, an den Stadtrath, von dem sie jedoch einstudi abgelehnt wurde. Vorher schon war er auf die Idee gekommen, in Mannheim eine Volksorganisation zu gründen. Mit seinem dabeigehenden Antrag wurde ihm jedoch in der betreffenden Versammlung gebührend beispielhaft und derartig einstimmig abgelehnt. Von nun an arbeitete er im geheimen mit Druckdruck an der Verwirklichung seines Planes und da es jetzt genug von denen giebt, die nicht alle werden, brachte er dann auch ungefähr 20 Mann zusammen, die nun den vielversprechenden, aber freilich lebten kleinen Anfang zu den geplanten sächsischen Verband städtischer Arbeiter vertraten. Hauptstücklich wurde dieser Vortrag von Schäfer vorgelesen, von dem Gelde, das nach Berlin abgeführt werden muß, kame ja doch nie wieder etwas zurück, als Vorsatzlohn sparten sie die hohen Verwaltungskosten, zum Beispiel bestrebt der Verbandsverein allem di: vorläufige Summe von 2000 M. Zu bemerken ist noch, daß ein Theil der neuen Mitglieder mit ihren Beiträgen für die Zabstelle I bedeutend im Nachstande sind und die Namen der selben jedenfalls noch bekannt gegeben werden. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Sache sich weiter entwickelt. Das die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür werden die organisierten Kollegen schon sorgen. Die Möglichkeit ist ja immerhin vorhanden, daß Schäfer noch ein paar Mitglieder der Zabstelle VI gewinnt, indem sich im Gaswerk Eugenberg ähnliche Vorgänge abgespielen haben, wie die, die es Schäfer ermöglicht haben, auf dem Lindenholz einige Anhänger zu gewinnen. Auch bei einer anderen Zabstelle vielleicht noch einige Anhänger vorhanden sein, doch kann sicher darüber jetzt noch nicht gesagt werden. Mehr als das doppelt ihrer jetzigen Mitgliedszahl wird die neue Organisation wohl kaum jemals erreichen. Bedauerlich ist nur, daß ein Mann von den Fähigkeiten Schäfers seine Kraft einer so aussichtslosen Sache widmet. Ob es nun persönlich Schäfer ist oder ob noch andere Motive dabei eine Rolle spielen, will ich dadings nicht sein lassen, zum Schaden der Arbeiter aber wird es auf alte Hölle ausfallen, wenn in einer Zeit, wo ihre Interessen mehr denn je den Miniturorganisations in großen Centralorganisationen fordern, in dieser Weise dagegen gearbeitet wird und solche Miniaturlorganisationen ins Leben gerufen werden.

Beratw. Redakteur: Dr. Poersch, Berlin, Winterfeldstr. 26
Druck von Mauter & Pumich, S., Bouillon-Ufer 11.